Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags —6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,100.
Abonnementspreis vierteljl. 1½ Mk.,
incl. Bringerlohn 3 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die 5spaltige Zeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 4. Mittwoch den 4. Januar 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Nachdem mit Ende des verflossenen Jahres Herr Kaufmann **Ferdinand Louis Seifferth** aus unserem Collegium ausgeschieden ist, ist heute an dessen Stelle

Herr **Wilhelm Volkmann**

als unbesoldeter Stadtrath verpflichtet und in sein Amt eingewiesen worden, desgleichen sind heute nach erfolgter Wiederwahl die Herren

Johann Wilhelm Fiedler,
Otto Holtze,
Carl Moritz Alfred Döhlinger
und
Richard Philipp Andreas Nagel

als unbesoldete Stadträthe anderweit verpflichtet worden.

Leipzig, am 2. Januar 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Das 12. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 18. Januar 1882** auf dem Rathhausflure zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 65. Bekanntmachung, die Anleihe der Stadt Sebnitz betreffend, vom 23. November 1881.
Nr. 66. Bekanntmachung, eine Anleihe der Actiengesellschaft Maschinenfabrik Germania, vormals J. S. Schwalbe & Sohn in Chemnitz betreffend, vom 2. December 1881.
Nr. 67. Bekanntmachung, die dermalige Zusammensetzung des Landtagsausschusses zu Verwaltung der Staatsschulden betreffend, vom 3. December 1881.
Nr. 68. Verordnung, die Fabriken-Inspection betreffend, vom 12. December 1881.
Nr. 69. Gesetz, die provisorische Forterhebung der Steuern und Abgaben im Jahre 1882 betreffend, vom 19. December 1881.

Leipzig, am 31. December 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Bekanntmachung.

Bezüglich der Uebungsfahrten der **Feuerwehr** und der späteren Fahrten derselben zur Brandstelle und zurück nach dem Depot wird Folgendes hiermit verfügt:

I.

Fußgänger, Reiter und Fuhrwerke haben der Feuerwehr, welche ihr Herauskommen durch Glockensignale ankündigen wird, **überall freie Bahn zu lassen,** und zwar je nach den Umständen, durch **Anhalten, Ausweichen** und wenn das sofortige Ausweichen nicht möglich ist, durch **Vorauseilen** bis zu einer hierzu geeigneten Stelle.

II.

Wenn die Feuerwehr die **Pferdebahn** kreuzt oder entlang derselben fährt, haben die **Bahnwagen zu halten,** sobald dies dem Fortkommen der Feuerwehr förderlich ist.

III.

Zuwiderhandlungen werden mit **Geldstrafe bis zu 60 Mark oder Haft bis zu 14 Tagen** geahndet werden.

Im Uebrigen machen wir darauf aufmerksam, daß aus dem Feuerwehrdepot am Fleischerplatze bei Alarm die Fuhrwerke und Spritzen durch die Mannschaften schleunigst auf den Platz herausgeschoben und auf letzterem bespannt werden müssen und wird daher den Vorübergehenden besondere **Vorsicht** angerathen, namentlich auch davor gewarnt, Kinder in der Nähe des Depots aufhalten zu lassen.

Leipzig, am 28. December 1881.

Der Rath und das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter. Hennig.

Zu genauer Nachachtung bringen wir hierdurch die Vorschriften:

daß jeder ankommende Fremde, welcher hier übernachtet, am Tage seiner Ankunft, und wenn diese erst in den Abendstunden erfolgt, am andern Tage Vormittags von seinem Wirthe bei unserem Fremden-Bureau anzumelden ist, diejenigen Fremden aber, welche länger als drei Tage hier sich aufhalten, Anmeldeschein zu lösen haben,

in Erinnerung und bemerken, daß Vernachlässigungen derselben mit einer Geldbuße von 15 Mark oder verhältnißmäßiger Haftstrafe geahndet werden würden.

Leipzig, am 1. Januar 1882.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Richter. Degner, S.

Die Expeditionszeit bei der städtischen Sparcasse ist für den Monat **Januar** nächsten Jahres auf die Tageszeit von **8 Uhr Morgens bis 2 Uhr Nachmittags** beschränkt.

Leipzig, den 29. December 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Freygang.

Bekanntmachung.

Wegen einer vorzunehmenden baulichen Aenderung im Vestibule des **Museums** bleibt dasselbe am **3., 4.** und **5.** dieses Monats geschlossen.

Leipzig, den 2. Januar 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

In den Monaten October, November und December 1881 sind vom Stadtrath angestellt worden:

als Buch- und Rechnungsführer beim Bauamte: Friedrich Hermann Satzmann; als Hochreservoirwärter: Hermann Richard Sperling; als Schnlaufwärter: Gert Reinhold Mannschatz; als Bote bei der Gasanstalt: Anton Wurst.

Nutzholz-Auction.

Donnerstag, den **5. Januar** 1882 sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere **Connewitz** auf dem Holzschlage in Abth. 19d:

ca. 57 Eichen-, 40 Weißbuchen-, 20 Ahorn-, 54 Eschen-, 200 Rüstern-, 25 Ellern-, 2 Apfelbaum- und 7 Kastanien-**Nutzklötze,**

sowie

ca. 3 Eichen-, 3 Ahorn-, 16 Rüstern- und 230 Eschen-**Schirrhölzer**

unter den im Termin öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle nach dem Meistgebote verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage im sogen. Steinpel bei Connewitz, hinter der neuen Filteranlage.

Leipzig, am 19. December 1881.

Des Raths Forst-Deputation.

Nutzholz-Auction.

Montag, den 16. Januar cr. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere **Connewitz** auf den Mittelwaldschlägen in Abtheilung 30a und 31

ca. 75 Eichen-, 29 Buchen-, 9 Ahorn-, 32 Eschen-, 66 Rüstern-, 90 Ellern- und 7 Linden-**Nutzklötze,**
ferner 4 Eichen-**Kahnknie,** sowie
ca. 18 Eichen-, 12 Ahorn- und 183 Eschen-**Schirrhölzer**

unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle nach dem Meistgebote verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage in der Connewitzer Linie unterhalb der schwarzen Brücke.

Leipzig, am 2. Januar 1882.

Des Raths Forstdeputation.

Auction.

Mittwoch den 4. Januar 1882, Nachmittags 3 Uhr, soll in Wagner's Restauration zur Wartehalle

ein Möbelwagen

meistbietend gegen Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, am 2. Januar 1882.

Handtrag, Gerichtsvollzieher.

Nichtamtlicher Theil.

Das zweite Jahrzehnt des Culturkampfes.

Die Liberalen werden sich beeilen müssen, ein kirchenpolitisches Programm zu vereinbaren, wenn sie sich nicht empfindlichen Niederlagen aussetzen wollen. Die Lage ist ernst; denn die Regierung hält unbeugsam zäh daran fest, mit Hilfe des Centrums und der Conservativen den „Culturkampf" je eher je lieber und je stiller je besser zu begraben. „Nach Canossa gehen wir nicht; weder staatlich noch kirchlich!" Dieses stolze Wort klingt heute wie ein Märchen an unser Ohr.

Indessen die Zeiten ändern sich; und der leitende Staatsmann selbst ist von ihren Wandlungen am meisten ergriffen worden; ob zu Gunsten der Einheit des Reiches: das kann allein die Zukunft lehren.

Wie anders konnten, als vor nunmehr zehn Jahren der Culturkampf entbrannte, alle Vaterlandsfreunde, denen es die erste und wichtigste Pflicht der Hingabe an das neu entstandene Reich dünkte, den antinationalen Bestrebungen der klerikalen **Partei entgegenzutreten, in die Zukunft blicken!** Damals **schien es nach feierlichen Erklärungen der Regierung ausgemacht, daß die ganze Bedeutung der Wiederaufnahme des großen Streites zwischen Papstthum und Staat um die weltliche Macht erfaßt worden sei.** Damals erschien der Sieg des neuen deutschen Kaiserthums über die staatsfeindlichen Ansprüche der römischen Curie und ihrer Anhänger kaum zweifelhaft.

In heißem, aber glänzendem Kampfe, der die nationalen Elemente unseres Volkes mit Begeisterung ergriff und förmlich hinriß, wurden die preußischen Maigesetze erlassen und vom Kaiser-König sanctionirt. In voller Uebereinstimmung mit der Volksvertretung war damit der feste Boden gewonnen, auf dem die Staatsgewalt, wenn auch nicht mit einem Schlag, doch sicher den Ausgang des Kampfes erwarten durfte. Oft genug hat sie selbst Dies ausgesprochen. Wo wäre man heute in Preußen, wenn die Durchführung jener Gesetze und die Hand in Hand mit ihnen angebahnte Reform der Schule mit der Energie unternommen worden wäre, welche die liberale Partei dringendst angerathen hat! Trotz aller Prahlereien der Gegner und der Altersweisheit der Officiösen wäre das Schlimmste längst überwunden. Dafür hätte schon ein Falk gesorgt!

Statt Dessen zeigten sich bald in der Ausführung der Gesetze nur halbe, dann geradezu rückläufige Maßregeln, die den Glauben, daß der Regierung Muth und Mittel fehlten, erwecken und das Ansehen der Gesetze erschüttern mußten. Es folgte die Preisgebung des in der Schulverwaltung genommenen Anlaufs. Schließlich verlangte die Regierung bereits discretionaire Befugnisse, die ihrer Meinung nach die Möglichkeit geben sollten, versöhnlich zu wirken, die aber, wie wohl vermuthet worden war, selbst bei weitestgehender Ausnutzung Nichts weiter bewirkt haben, als die Anmaßungen des Centrums zu steigern.

Immer rascher und rascher ist abgeniedelt, immer muthloser der Kampf aufgegeben worden. Die Sperre der Geistlichen ist in größtem Umfang aufgehoben. Bisthümer sind unter Bedingungen wieder besetzt worden, welche mehr als bloßes Entgegenkommen der Staatsregierung beweisen. Die Wiederherstellung des Einflusses auf die Schule, soweit er verloren gegangen war, zu Gunsten der Geistlichkeit ist im besten Gange. Was von den Maigesetzen thatsächlich noch übrig ist, wird die Regierung vollends der Durchlöcherung aussetzen, indem sie neue discretionaire Vollmachten begehren wird. Kann man sich dann noch wundern, daß die Centrumspartei nun unmittelbar auf das Reichsgesetz über die ungesetzliche Ausübung geistlicher Amtsgewalt ausgeht und allernächstens auch die Aufhebung der Maigesetze selbst rüpp und lint fordern wird? Gewiß nicht; denn der Appetit kommt unersättlich.

Zu alledem traten die Verhandlungen über Versuche, um das Centrum, das man sich glücklich zu der gegenwärtig mächtigsten Partei im Parlament groß gezogen hat, durch Nachgiebigkeiten in dem Culturkampf für diesen oder jenen Plan, für wirthschaftliche Projecte, vielleicht auch als Stütze der Regierung schlechthin zu gewinnen; Versuche, die bald als aussichtsvoll geschildert, bald wieder bei Seite gesetzt werden. Ferner Verhandlungen mit dem römischen Stuhl, bald im Zusammenhang mit der Haltung des Centrums, bald über seinen Kopf hin. Mit einem Wort: wohin man blicken mag, Unsicherheit und Verwirrung. Es fällt uns nicht ein, aus der Fülle widersprechender Nachrichten heraus, die täglich durch die Presse laufen, vage Muthmaßungen zu machen. Nur zwei Thatsachen sind zu registriren.

Die eine ist, daß immer in den alarmirenden Nachrichten die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes eine Rolle spielt. So weit sind wir also, daß gerade das Verlangen, an dem der Hader mit den Klerikalen zum ersten Ausbruch kam und der damals 1871 mit Entrüstung zurückwiesen wurde, heute schon ernstlich discutirbar erscheint.

Soll wirklich das deutsche Reich, denn darum handelt es sich doch wohl, wenn es ernstlich für diesen Lieblingswunsch des Papstes eintreten wollte, wirklich im Jahre des Heils 1882 einen Römerzug unternehmen und einen unausbleiblichen Weltkrieg entzünden, um dem Papst die Stadt Rom zu überantworten oder gar den jämmerlichen Kirchenstaat wieder herzustellen? Die Klerikalen werden nicht müde, das Märchen von der Gefangenschaft und der unerträglichen Unterdrückung des Papstes aufzutischen. Viel eher wäre Ursache, die italienische Regierung bei einer gründlichen Reform des Garantiegesetzes zu unterstützen. Denn Das sollte doch ein Jeder billig begreifen, daß es für die Sicherheit und Ordnung der italienischen Staatsverwaltung unerträglich werden muß, sich auf Tritt und Schritt dadurch gehemmt zu sehen, daß eine ihr geradezu feindliche Macht, außerhalb des Gesetzes stehend, im Staate, ja in der Hauptstadt existirt, die sie, zum Dank für Widerstand und Aufforderung zur Empörung, schützen soll.

Die andere Thatsache ist die, daß der Culturkampf und seine Beendigung der preußischen Regierung längst keine Principienfrage mehr ist. Er ist zu einer Frage der Politik geworden; der innern, indem man bereit ist, um den Preis der Zustimmung zu diesen oder jenen Maßregeln diese oder jene, einst mit Mühe gewonnene Position preiszugeben, zugleich aber auch der äußeren Politik, indem man nicht abgeneigt ist, um eines Vortheils nach anderer Seite hin dem päpstlichen Stuhl Concessionen zu machen. Was die Ziele, wir dürfen kaum sagen: die letzten, sondern nur: die gegenwärtigen, der Reichs- und preußischen Staatsregierung sind, wissen wir nicht. Aber Das müssen wir uns täglich sagen: die Erkenntniß, daß für das Reich und Preußen Nichts nothwendiger ist als die endgültige Zurückweisung der klerikalen Uebergriffe in die Rechte des Staates, ist nicht mehr da. Die kirchliche Frage ist nur eine der Karten, mit denen jenachdem zu politischen Zwecken so oder so gespielt wird.

Wie sehr die Unklarheit der Lage, der Zweifel an der Entschiedenheit der preußisch-deutschen Regierung die innere Festigung des Reiches aufhält, — wer wollte es leugnen? Was aber die Liberalen zu thun haben, darüber kann keine Unklarheit herrschen. Sie kennen ihre Gegner; sie kennen die gewaltige Bedeutung des zehnjährigen Kampfes, der hinter ihnen liegt. Die Pflicht gegen das Vaterland gebietet, auch fernerhin ihre Ueberzeugung mannhaft zu vertreten, auch wenn sie nicht mehr die Ueberzeugung der Regierung ist. Es müssen wohl einmal wieder bessere Tage kommen; aber der Kampf für das Recht läßt sich nur auf eine Art dauernd und glücklich beseitigen: durch die Schwächung des Ultramontanismus, durch die Schwächung des Papstthums und durch die Beseitigung der Centrumspartei als einer politischen Partei.

Das mit vereinten Kräften zu erreichen, das ist heute die Aufgabe aller wahrhaft freisinnigen Männer; auf diesem Wege, der weitab von Canossa liegt, müssen Regierung und Volk wieder zusammentreffen, wenn nicht das zweite Decennium des Culturkampfes die schwersten Verwickelungen über unser junges Reich heraufbeschwören soll.

Leipzig, 4. Januar 1882.

Officiös wird aus Berlin geschrieben: „Es ist sehr bemerkt worden, daß Fürst Bismarck am 1. Januar seit einer Reihe von Jahren zum ersten Male wieder an der Spitze des Staatsministeriums zur Beglückwünschung des Kaisers im kaiserlichen Palais erschien. Es heißt, der Kaiser habe Gelegenheit genommen, dem Reichskanzler bei diesem Anlaß erneut seine vollste Sympathie zu erkennen zu geben. Fürst Bismarck begab sich sodann zur Beglückwünschung in das kronprinzliche Palais. Auf die Ansprache des Generalfeldmarschalls Grafen Moltke an der Spitze der Generalität soll der Kaiser in ergreifender Weise geantwortet haben; namentlich betonte der Kaiser, daß er auf eine ungetrübte Fortdauer des Friedens in Europa fest vertraue. Die Zahl der telegraphischen Glückwünsche, welche dem Kaiser zum Neujahrstage zugingen, soll die früherer Jahre noch übertreffen haben. Zu den ersten Glückwunschtelegrammen gehörten jene des Kaisers von Rußland, des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Baiern. — Der preußische Landtag soll am 11. d. M. durch den Vicepräsidenten Staatsminister v. Puttkamer eröffnet werden. Vorher wird jedenfalls die definitive Feststellung der kirchenpolitischen Vorlage erfolgen. Die Frage der Wiederbesetzung des Breslauer Bischofsstuhles scheint in diesem Augenblicke die Regierung vornehmlich zu beschäftigen. Es wird bestätigt, daß Cardinal Fürst Hohenlohe Ueberbringer eines eigenhändigen Schreibens des Kaisers an den Papst gewesen ist."

Unter den Neujahrsbetrachtungen der Zeitungen ragen die der ultramontanen Blätter vor allen durch die Zuversichtlichkeit der Stimmung und die freudige Gehobenheit des Tones hervor. Man lese nur die Festbetrachtungen der „Germania". „Der heilige Stuhl erfreut sich eines Ansehens und eines Einflusses in der Welt, wie er ihn zu Zeiten seiner weltlichen Herrschaft kaum besaß; der Gefangene im Vatican ist eine Großmacht, mit welcher auch die Widerwilligsten rechnen müssen. Es ist zweifellos, daß auch in diesem Jahre die Würde und Macht des heiligen Stuhles beträchtlich gewachsen ist unter der umsichtigen, weisen und festen Leitung der großen Angelegenheiten durch die Hand des regierenden Papstes. Rom kann warten; denn es ist ewig. Langsam, bedächtig, aber stetig geht die Kirche ihrem Siege entgegen." Und mit dieser Sprache vergleiche man, wie noch vor gar nicht langer Zeit das leitende Blatt des Ultramontanismus die Weltlage und insbesondere die Zustände in Deutschland darzustellen pflegte. Der Wandel der Zeiten kommt uns in solchen Auslassungen recht deutlich zum Bewußtsein. Und bei dieser zuversichtlichen Stimmung im Lager der Ultramontanen soll an die Revision der kirchenpolitischen Gesetzgebung geschritten werden! Langsam aber sicher geht nach klerikaler Auffassung die Papstkirche dem Siege entgegen. Und das Schlimmste ist, daß man diese Auffassung kaum mehr als eine unberechtigte Selbsttäuschung bezeichnen kann.

In den Rückblicken der Blätter beim Jahresschluß wird vielfach auch die wirthschaftliche Lage von heute mit derjenigen vergangener Jahre verglichen. Das Ergebniß dieser Betrachtungen ist natürlich ein sehr verschiedenartiges, je nach dem wirthschaftspolitischen Standpunct des Beurtheilers. Im Ganzen wird aber doch nicht geleugnet, daß ein Aufschwung des wirthschaftlichen Lebens, ein größeres Blühen der Erwerbsthätigkeit auf allen Gebieten im verflossenen Jahre in der That stattgefunden hat. In diesem Sinne äußern sich nicht nur die „Post" und die „Nordd. Allg. Ztg."; die Thatsache wird nicht allein durch etlichewenig beweisende Ergebenheitszuschriften an den Reichskanzler erhärtet, sie wird auch von Beurtheilern zugestanden, die den neuen Wirthschaftspolitik grundsätzlich feindlich gegenüberstehen. Wir erinnern nur z. B. an ein vor einigen Tagen seitens der „Nationalzeitung" angestellte Betrachtung über die wirthschaftliche Lage; ebenso an die Auslassungen der „Frankf. Ztg.": die Thatsache einer Hebung des Geschäftes, des Verkehres, der Arbeit und des Lohnes wird, wie gesagt, von unbefangenen Stimmen aus allen politischen Lagern zugestanden und von solchen geleugnet, die zur Erhärtung ihrer Lehren des Darniederliegens jeder Erwerbsthätigkeit nicht entbehren können und für ihre zum Voraus feststehende Meinung aus keinen vereinzelten Verkommnissen Beweise zusammen zu suchen pflegen. In den sonst meistens recht wehmüthigen und verstimmten Neujahrsbetrachtungen bildet die Genugthuung über eine im ganzen Zunehmende Besserung im wirthschaftlichen Leben den einzigen Lichtblick. Man darf nun allerdings diese erfreuliche Thatsache nicht der Wirkung der neuen Zollpolitik allein zuschreiben; das wirthschaftliche Leben eines Volkes setzt sich aus zu verschiedenen Factoren zusammen und wird von zu verschiedenen Triebfedern in Bewegung gehalten, als daß eine einzelne, wenn auch noch so umfassende gesetzgeberische Maßregel nach der schädlichen oder nützlichen Richtung allein den Ausschlag geben könnte. Der natürliche Gegenschlag gegen ganz abnorm schlechte Erwerbsjahre in einer allmäligen Wiederbelebung und Erstarkung wird unter keiner Gesetzgebung ausbleiben. Immerhin aber wird die Geschäftslage, wie sie nach Ablauf des Jahres 1881 erscheint, eine neue Mahnung sein, an dem Zolltarif von 1879 nicht voreilig zu rütteln, sondern nach allen Richtungen hin die praktische Bewährung abzuwarten.

Den „Hamb. Nachr." schreibt man aus Berlin: „In der Presse ist die Rede davon, daß seit der Abreise des Unterstaatssecretairs Busch aus Rom abermals ein Mitglied des diplomatischen Stabes des Reichskanzlers sich nach Italien begeben habe, ohne daß der Name desselben bisher genannt worden. Es ist Herr Lothar Bucher, der, ebenso wie vor ihm Herr Busch, keine directe Mission hat, aber, wie Dieser, schwerlich am Vatican vorbeigehen wird, wenn er sich in Rom befindet; seine Urlaubsreise nach Italien muß jedenfalls einigermaßen eilig gewesen sein, denn um ihm den baldigen Antritt derselben zu ermöglichen, wurde ein anderes Mitglied des Auswärtigen Amtes von seinem Urlaub vorzeitig zurückberufen. Ob Dies mit der Erholungsbedürftigkeit des Herrn Bucher oder mit der Eile zu erklären ist, welche der Kanzler hätte, die Verhandlungen mit der Curie fortzuführen, lassen wir dahingestellt."

Wie es heißt, gedenken die socialdemokratischen Abgeordneten mit dem Antrag Windthorst auf Beseitigung des Internirungs- und Expatriirungsgesetzes den Antrag auf Aufhebung des Socialistengesetzes zu verknüpfen. Der Schachzug ist offenbar nicht ungeschickt. Denn ein Theil der Beweisgründe, die man für Aufhebung des einen Ausnahmegesetzes geltend machen wird, läßt sich vielleicht gegen das andere Ausnahmegesetz verwenden. Wer unter allen Umständen Ausnahmegesetze für unzulässig und verwerflich hält, wird an der Aufrechterhaltung keines dieser beiden Gesetze mitwirken können. Die Socialdemokraten verfolgen ersichtlich den Zweck, das Centrum bei seiner Gegnerschaft gegen das Socialistengesetz „festzunageln". Bekanntlich hat diese Partei ursprünglich das Socialistengesetz rundweg und einmüthig abgelehnt, bei der jüngsten Verlängerung stimmten aber etwa zwanzig Centrumsleute mit „Ja" und bei der bevorstehenden neuen Verlängerung wird die Mitwirkung der Ultramontanen um so weniger zu entbehren sein, je größer leider die Anzahl derjenigen Liberalen geworden ist, welche grundsätzliche Gegner des Socialistengesetzes sind. Wird jetzt das Socialistengesetz mit dem Antrag Windthorst in Verbindung gebracht, so wird das Centrum auch zu der ersteren Frage Stellung zu nehmen gezwungen sein, und auch Das kann ein Beitrag zur Klärung der Lage werden.

Die Quelle, aus welcher die seit mehr als Jahresfrist in unregelmäßigen Zwischenräumen in der „Kreuzztg." und anderen reactionairen Blättern wiederkehrenden Gerüchte über den nahe bevorstehenden Rücktritt des Oberpräsidenten von Horn fließen, ist jetzt nicht mehr zu verheimlichen, nachdem in anscheinend beglaubigter Form bekannt geworden ist, daß ein Schreiben des Ministers von Puttkamer, welches vom 9. v. Mts. datirt war, die Veranlassung zu dem Entlassungsgesuche des Oberpräsidenten geboten hat, das sicherlich in ganz Ostpreußen nur bei der kleinen, aber weitlin einflußreichen Partei der feudalen Großgrundbesitzer und der reactionairen Streber Befriedigung erregen wird. Nebenbei sei bemerkt, daß in den biographischen Notizen über Herrn v. Horn, welche auch der „Königsb. Hart. Ztg." durch die Blätter gehen, ein kleiner Irrthum mit unterlaufen ist. Der bisherige Oberpräsident ist nicht der Sohn, sondern der Bruder des früheren Directors der Berliner Charité, Geh. Medicinalrathes von Horn. Sein Vater war der Geh. Tribunalrath Horn, der als ein sehr renommirter Arzt in

SLUB
Wir führen Wissen.